

A6NEU2 Abschiebedrehkreuz am BER? Ohne uns!

Gremium: Landesmitgliederversammlung
Beschlussdatum: 04.09.2022
Tagesordnungspunkt: 8.3. Beratung und Abstimmung Antrag
A6/A6NEU

Antragstext

Was ist Sache?

Das sogenannte "Behördenzentrum" ist schon lange ein Herzensprojekt führender Politiker*innen der Brandenburger SPD und der CDU, welches bis zuletzt von Entstehung bis Planung von eklatanter Intransparenz bestimmt ist. Neueste Enthüllungen von "Frag den Staat" und RBB zeigen, dass der einzige Gewinner bei diesem Projekt der wegen Schmiergeldzahlungen (ehemals) vorbestrafte Investor Jürgen Harder ist. Die ungeklärten Umstände des Grundstückkaufes vor Beschluss des Projektes und der Verdacht, dass es vorher Absprachen gegeben hat, sind nur die Spitze des Eisberges. Vieles bleibt ungeklärt, viele Fragen werden nicht beantwortet und der Druck auf CDU-Innenminister Stübgen steigt. Nicht zuletzt ist die Dimension des Projekts völlig unklar. So sollen laut aktuellen Aussagen Menschen dort bis zu 10 Tage festgehalten werden können. Vom Label "Behördenzentrum" lassen wir uns nicht täuschen.

Die finanzielle Problemlage des Landes Brandenburg hat sich durch aktuelle Krisen weiter schärft. Immer wieder droht gerade bei sozialen und queeren Projekten Geld gestrichen zu werden. Anstatt Geld in die Finanzierung von Sozialeinrichtungen, humanitäre Aufnahme, Integration, Schulen oder für den Ausbau des ÖPNV Netzes in Brandenburg zu stecken, soll Geld in einen 30 Jahre gültigen Mietvertrag gesteckt werden, um ein menschenunwürdiges Abschiebedrehkreuz zu errichten. Seriöse Kritik an der Vergabep Praxis, den finanziellen Dimensionen und den neu geschaffenen Abschiebekapazitäten mit den Worten "Unsinn" und "Kindergartenökonomie" abzutun spricht dafür, dass Minister Stübgen die inhaltlichen Argumente ausgehen.

Das sagen wir als GRÜNE JUGEND Brandenburg dazu:

Wir lehnen das System Abschiebungen generell ab. Menschen verlassen überwiegend unfreiwillig, häufig aufgrund von existentiellen Nöten oder aus Angst vor Verfolgung ihren bisherigen Wohnort, ihr Zuhause. Sie mitten in der Nacht abzuschieben, in Abschiebehaft oder direkt am Flughafen in Ausreisegewahrsam zu stecken, kriminalisiert diese Menschen und bietet Anknüpfungspunkte für

33 institutionelle Rassifizierung und gesellschaftliche Stigmatisierung. Statt
34 eines immer perfideren Abschiebesystems braucht es sichere Fluchtrouten über
35 Meer, Luft und Land nach Europa. Unsere Solidarität macht keinen Halt an Grenzen
36 oder aufgrund der Sicherungen von Machtpositionen.

37 Seit Beginn der rot-schwarz-grünen Regierung in Brandenburg stehen wir als GRÜNE
38 JUGEND Brandenburg dem Projekt eines Abschiebedrehkreuzes am Flughafen BER
39 ablehnend gegenüber.

40 Im [Koalitionsvertrag](#) steht kein Wort über die Errichtung eines
41 Abschiebedrehkreuzes. Vielmehr sehen wir darin ein grausames "Prestigeprojekt"
42 des CDU-Innenministers Michael Stübgen und SPD-Finanzministerin Katrin Lange.
43 Das von den beiden als "Behördenzentrum" gelabelte und ambitioniert verfolgte
44 Großprojekt zeigt wieder einmal deren inhumanes Verständnis von Asylpolitik auf.
45 Es ist darüber hinaus ein Beweis, dass nicht einmal auf die SPD Verlass in
46 Sachen Asyl ist. Nichts Neues, trotzdem schade.

47
48 Wir fordern die bündnisgrünen Verantwortungsträger*innen in Partei, Fraktion und
49 Regierung auf,

- 50 • alle ihnen zur Verfügung stehenden parlamentarischen und politischen
51 Mittel zu nutzen und sich für den sofortigen Stopp der Pläne von
52 Innenminister Stübgen und Finanzministerin Lange einzusetzen

- 53 • die für intransparente Verfahren bei der Vergabepaxis, den finanziellen
54 Dimensionen und den Plänen für neu geschaffene Abschiebekapazitäten
55 Verantwortlichen in der Regierung klar zu benennen

- 56 • eine klare öffentliche Position zu beziehen und auch in dieser
57 Angelegenheit die Bündnispartner*innen aus dem Flucht- und Asylbereich
58 (weiterhin) gut einzubeziehen

- 59 • sich eindeutig zum Grundsatz "[Kein schöner Abschieben in grün](#)" zu bekennen
60 und den Bau des Abschiebezentrums aktiv zu verhindern!

- 61 • dass die Nutzung einer Haftanstalt vor Ort ausgeschlossen wird. Das
62 ehemalige Gebäude für Abschiebegewahrsam auf dem ehemaligen Flughafen
63 Schönefeld darf nicht als Teil des geplanten Behördenzentrums weiter
64 genutzt werden.

65 Konkret bedeutet das für uns:

66
67 Wir stehen weiter hinter dem Grundsatz: Kein Mensch ist illegal! An einer
68 bündnisgrünen Regierungsbeteiligung auf dem Rücken von Geflüchteten
69 festzuhalten, ist mit unseren Zielen und unserem Verständnis von Politik nicht
70 vereinbar. Hier sehen wir eine rote Linie. Egal ob Abschiebehaft, also
71 Sicherungs- oder Vorbereitungshaft, Ausreise- oder Ingewahrsamnahme, wir

72 verurteilen jede Art der Freiheitsberaubung von Menschen auf der Flucht. Die
73 Suche nach Schutz und Hilfe ist kein Verbrechen und darf auch niemals solches
74 sein!

75 Einer Zustimmung der Koalition über den Bau des Abschiebezentrums würden wir
76 damit entgegen, uns noch offener und aktiver für ein Ende der rot-schwarz-
77 grünen Koalition in Brandenburg einzusetzen.

78 Wenn es zur Zustimmung zu einem Abschiebezentrum am BER und zum Bau neuer
79 Abschiebestrukturen unter bündnisgrüner Regierungsbeteiligung kommt,
80 distanzieren wir uns deutlich von den involvierten bündnisgrünen Gremien und
81 Akteur*innen.

82 Wir erwarten, dass in allen Fällen eine würdige Ankunft für Menschen auf der
83 Flucht am BER garantiert wird. Darauf bezogene Verbesserungen der derzeitigen
84 Situation vor Ort, auch baulicher Art, sind jedoch nur und ausschließlich durch
85 maximale Transparenz (auch rückwirkend), die Einbindung verschiedener
86 Geflüchtetenorganisationen, sowie dem Flüchtlingsrat Brandenburg, der Caritas
87 und anderen Verbänden, welche sich für die Interessen von Schutzsuchenden
88 einsetzen, sowie behördenübergreifender Zusammenarbeit und ohne jegliche Form
89 von Haftanstalt für uns denkbar.

90 Die GRÜNE JUGEND Brandenburg steht weiter an der Seite schutzsuchender Menschen
91 und asylpolitischer Akteure, welche ebenfalls das Vorhaben verhindern wollen.
92 Wir wollen diese Zusammenarbeit vertiefen und verloren gegangenes Vertrauen
93 wieder gewinnen.

94
95 „Brandenburg ist ein weltoffenes und solidarisches Land.“ – mit diesem Satz
96 beginnt das Kapitel Asyl und Integration im Koalitionsvertrag der
97 Landesregierung. Wir fordern alle Koalitionsparteien auf, sich an diesen
98 Grundsatz des Koalitionsvertrages zu halten, um sowohl Menschlichkeit als auch
99 Stabilität und Verlässlichkeit im Brandenburgischen Regierungshandeln zu
100 sichern. Sollte mit diesem entscheidenden Satz des Koalitionsvertrages gebrochen
101 werden, gilt für uns mehr denn je: #Keenja zu Kenia.

Begründung

Der Prozess der Entstehung und Planung des Abschiebezentrums ist bis heute von eklatanter Intransparenz bestimmt. So erfuhr das Brandenburgische Parlament erst nach der Presse von diversen Entwicklungen.

„Frag den Staat“ und RBB enthüllten, dass der einzige Gewinner bei diesem Projekt der wegen Schmiergeldzahlungen (ehemals) vorbestrafte Investor Jürgen Harder ist. Die Enthüllungen ergaben, dass er die Grundstücke vor Beschluss des Projekts unter dubiosen Umständen erwarb. Hierzu verweigert das Land die Akteneinsicht. Verlieren werden alle anderen: Zuallererst das Land Brandenburg, welches die Kosten für das Abschiebezentrum über 30 Jahre abstottern wird, statt dieses Geld in eine humanitäre Aufnahme und Integration zu investieren. Am allermeisten jedoch die Schutzsuchenden in Brandenburg und den umliegenden Bundesländern, die Innenminister Michael Stübgen und Finanzministerin Katrin Lange des Landes verweisen wollen.

Die Beschlusslage der GJ Brandenburg ist eindeutig: wir stellen uns gegen Abschiebungen und sind konsequent gegen ein Abschiebezentrum am BER. Diese Position haben wir in allen Gremiensitzungen und unserer Öffentlichkeitsarbeit (Landesvorstandssitzung der Partei, Parteirat, Landesdelegiertenkonferenz, Pressemitteilungen, Social Media) eindeutig kommuniziert und mit einem breiten Bündnis zu Demonstrationen aufgerufen.

Weiterführende Links:

- Beschluss „Abschiebezentrum am BER verhindern“, Mai 2022:
https://www.gj-bb.de/wp-content/uploads/2022/06/A9NEU_Abschiebezentrum_am_BER_verhindern.pdf
- Pressemitteilung „Sofortiger Stopp des Abschiebezentrums am BER, August 2022:
<https://www.gj-bb.de/2022/08/17/pressemitteilung-sofortiger-stopp-des-abschiebezentrums-am-ber/>
- Recherchen von Frag den Staat: https://fragdenstaat.de/blog/2022/08/16/ber-abschiebezentrum-konnte-investor-hunderte-millionen-euro-bringen/?_=1
- Antrag „Kommunen bei der Aufnahme von Schutzsuchenden unterstützen“, Oktober 2021,
https://www.gj-bb.de/wp-content/uploads/2022/06/A9NEU_Abschiebezentrum_am_BER_verhindern.pdf